

Auf dem Weg zu einer handlungsfähigen und resilienten Europäischen Union der Werte

Im Juni 2024 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Danach wird für den Zeitraum 2024 bis 2029 eine neue Europäische Kommission gebildet. Voraussichtlich im Juni 2024 legt der Europäische Rat in Form der Strategischen Agenda einen Leitfaden für die neue Kommission vor. Der vorliegende Bericht zur Lage der Europäischen Union wirft einen Blick auf die Herausforderungen und Chancen für die Niederlande und die EU in Zeiten des Wandels.

Die EU steht vor großen und drängenden Herausforderungen und befindet sich in einem Prozess der geopolitischen Reifung. Vier Jahre nach den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament blicken wir auf eine andere Welt. Das Umfeld ist sehr viel rauher geworden, und die multilaterale Ordnung auf der Grundlage gemeinsamer Regeln und Normen steht noch mehr unter Druck. Mit der Invasion in die Ukraine 2022 hat Russland den Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgebracht. Die Europäische Union reagierte entschlossen, indem sie mehrere umfassende Sanktionspakete gegen Russland und umfangreiche militärische, humanitäre und finanzielle Hilfe für die Ukraine verabschiedete. Der Krieg markiert einen historischen Wendepunkt für die EU und unterstreicht die Dringlichkeit, ihre geopolitische Rolle zu stärken.

In diesem neuen geopolitischen Kontext ist die Frage der Erweiterung der Union auf der Tagesordnung höher gerückt. Auch mit dieser Transformation gilt es sich in den kommenden Jahren auseinanderzusetzen. Der niederländischen Regierung kommt es vor allem darauf an, dass die EU ein starker und legitimer Akteur mit gut funktionierenden Institutionen bleibt, der effektiv handeln und so seine Ziele verwirklichen kann. Künftige Erweiterungen dürfen die EU und ihre Handlungsfähigkeit nicht schwächen. Übernahme, Umsetzung und Durchsetzung des EU-Besitzstands sowie der Kopenhagener Kriterien bleiben für die niederländische Regierung der Ausgangspunkt für die Beurteilung der Fortschritte der (potentiellen) Beitrittskandidaten im Beitrittsprozess. Darüber hinaus ist es wichtig, im Blick zu behalten, ob unter den EU-Bürgern hinreichende Unterstützung für eine Erweiterung besteht.

Gleichzeitig muss sich die EU auf eine künftige Erweiterung vorbereiten. Die Mitgliedstaaten müssen sich einen Überblick über die Folgen einer Erweiterung verschaffen und den weiteren Weg abstecken. Soll die Erweiterung ein Erfolg werden, müssen sich die Vorbereitungen der EU nach Auffassung der niederländischen Regierung auf mindestens sechs eng miteinander verbundene Aspekte konzentrieren: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte;

Geopolitik und Sicherheit; Finanzen; Binnenmarkt; Migration und institutionelle Architektur. Eine erweiterte Union mit einem gut funktionierenden Binnenmarkt und sicheren Grenzen kann für mehr Einfluss der EU in der Welt sorgen.

Die Beschleunigung und Verzahnung der grünen und der digitalen Transformation versetzt die EU in die Lage, sich auf einer Weltbühne zu positionieren, die von sich verschiebenden Machtverhältnissen mit zunehmendem Wettbewerb in den Bereichen Wirtschaft und Technologie geprägt ist. In den vergangenen Jahren hat die EU wichtige Schritte zur Förderung ihrer offenen strategischen Autonomie und zur Stärkung ihrer wirtschaftlichen Resilienz gemacht. So wird heute ein größeres Augenmerk auf die Sicherung der Versorgung mit kritischen Rohstoffen gerichtet. Die Niederlande betonen in diesem Zusammenhang weiterhin die Bedeutung einer offenen Wirtschaft, fairer Wettbewerbsbedingungen und internationaler Partnerschaften. Mit dem Green Deal hat die EU bedeutende Schritte auf dem Weg in eine Zukunft unternommen, die im Zeichen von Klimaneutralität, Fossilfreiheit und Kreislaufwirtschaft, sauberer Energieversorgung und einer grünen Industrie stehen wird.

Globale Herausforderungen müssen mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit beantwortet werden. Die meisten Niederländer sehen in der EU-Mitgliedschaft vor allem deshalb einen Mehrwert, weil die Niederlande als kleines Land im EU-Verbund politisch, wirtschaftlich und militärisch stärker sind. Zusammenarbeit innerhalb der EU ist nur möglich, wenn die Werte des demokratischen Rechtsstaats von allen Mitgliedstaaten respektiert werden. Sie sind tragende Säulen der europäischen Gemeinschaft. Sie sorgen dafür, dass sich die Mitgliedstaaten auf die Einhaltung von Vereinbarungen verlassen können. Transparente Beschlussfassung leistet zugleich einen Beitrag zur Legitimität der Union und ist für das Vertrauen der Niederländer in die EU wichtig. Deshalb bleibt die Verteidigung der demokratischen Legitimität und der EU-Werte in den kommenden Jahren eine unvermindert relevante Aufgabe.

Die Niederlande haben daher großes Interesse an einer handlungsfähigen und resilienten Europäischen Union der Werte, gerade in Anbetracht der heutigen geopolitischen Verhältnisse. Die Union muss ihre Position in der Welt dauerhaft festigen, indem sie den eigenen Wohlstand sowie die eigene Sicherheit und Resilienz erhöht und sich daranmacht, eine entschlossene geopolitische Rolle zu übernehmen. Zugleich muss sie ihre Stabilität und Zukunftsfähigkeit sowie den Erhalt ihrer Wertegemeinschaft sichern. Nachstehend werden vier Leitziele skizziert, die die EU aus Sicht der niederländischen Regierung im Hinblick auf die Bewältigung dieser Aufgaben in den kommenden Jahren anstreben sollte.

Eine Union, die Wohlstand und Resilienz erhöht und den digitalen und ökologischen Wandel beschleunigt

Eine starke Wirtschaft ist nach wie vor ein entscheidender Faktor, wenn es um die Transformationsprozesse, die Position der EU in der Welt und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger geht. In diesem Zusammenhang kommt es wesentlich darauf an, dass die EU ihre Wettbewerbsfähigkeit festigt, indem sie in ihre Stärken investiert, und dass sie Schritte zur Konsolidierung ihres politischen und wirtschaftlichen Fundaments unternimmt. Dabei geht es zunächst einmal um den Binnenmarkt. Ein starker Binnenmarkt ist resilient, nachhaltig, fair und wettbewerbsfähig. Ungerechtfertigte Hemmnisse müssen ausgeräumt und faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet werden, unter anderem durch intensivere Kontrollen und eine verstärkte Rechtsdurchsetzung. Der Binnenmarkt bleibt vital und dynamisch, wenn wir in Innovationen investieren, die Infrastruktur verbessern und die Konnektivität, etwa in den Bereichen Transport und Energie, erhöhen. Darüber hinaus muss die EU Fortschritte bei der Vertiefung des Kapitalmarkts erzielen; hierzu muss sie weitere Schritte prüfen, damit privates Kapital für Investitionen in die grüne und die digitale Transformation mobilisiert werden kann.

In diesem Lichte muss die EU Schlüsselindustrien und -erzeugerketten stärken und nachhaltiger machen und gleichzeitig die Risiken unerwünschter Abhängigkeiten verringern. Außerdem kann eine aktive Handelspolitik, einschließlich bilateraler Handelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften, die wirtschaftliche Resilienz und Versorgungssicherheit der Union erhöhen; ein Mittel hierzu ist die Diversifizierung der Handelspartner. Der Handel macht fast ein Drittel der Wirtschaftsleistung der Niederlande aus und leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.¹ Die EU verdankt ihre globale Stärke zu einem großen Teil ihrem wirtschaftlichen Gewicht, und eine offene Handelspolitik ist zur Wahrung und zum Ausbau dieser Stellung von entscheidender Bedeutung.

Eine zukunftsfeste EU ist eine nachhaltige EU. Extreme Wetterereignisse wie Dürren und Starkregen sorgen häufiger für Waldbrände oder Überschwemmungen, und zwar auch an Orten in Europa, wo es das in dieser Form bisher nicht gegeben hat. Wir müssen uns alle gemeinsam dafür einsetzen, dass unser Planet lebenswert bleibt. Dazu gehört auch eine verantwortungsvolle

¹ In seiner Veröffentlichung »Niederland Handelsland 2023« (Handelsland Niederlande 2023) weist das Statistische Zentralamt der Niederlande (CBS) aus, dass 2021 die Gesamteinnahmen aus dem Außenhandel 32,6 % des niederländischen Bruttoinlandsprodukts ausgemacht haben.

Klima- und Umweltpolitik, die für die Zukunft auf Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft ausgerichtet ist, um so Biodiversität und nachhaltiges Gewässermanagement zu gewährleisten. Auf dem Weg zu einer zukunftsfesten Union sind Investitionen in Forschung und Innovation sowie in Bildung und in die soziale Agenda unerlässlich. Zusammenarbeit auf europäischer Ebene ist erforderlich, um attraktive Standortbedingungen zu schaffen, die es Start-ups mit innovativen Konzepten in den Bereichen Ökologisierung und Digitalisierung ermöglicht zu wachsen. Die EU erfüllt eine wichtige Vorreiterrolle bei der Regulierung künstlicher Intelligenz. Außerdem ist es essentiell, dass sie sich für die Stärkung der digitalen Sicherheit und die Gewährleistung der Grundrechte und öffentlichen Werte einsetzt. Mit einer kohärenten Strategie auf diesen Feldern kann die EU ihre Resilienz erhöhen und ihre führende Stellung im Technologiebereich sichern.

Es ist Aufgabe der EU und ihrer Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass der grüne und der digitale Wandel gerecht vonstattengehen und dass alle von der sozialen und wirtschaftlichen Aufwärtskonvergenz zwischen den Mitgliedstaaten profitieren können. Für die Akzeptanz der Klimapolitik ist eine faire Verteilung der Kosten und des Nutzens wichtig.² Global nehmen die Verflechtungen immer weiter zu. Dieser hohe Vernetzungsgrad bringt in puncto Innovation und Kooperation sowohl neue Herausforderungen als auch Chancen mit sich, die sich auch in unserem Arbeitsalltag niederschlagen. Wenn wir die digitale Bildung vorantreiben und Um- und Nachschulungen zur Entwicklung von Kompetenzen fördern, die für eine nachhaltig anpassungsfähige Erwerbsbevölkerung relevant sind, bleiben die Vorteile der doppelten Transformation für Bürger und Unternehmen in Reichweite und können deren Ziele realisiert werden.

Eine starke, geopolitische Union, die sich auf der Weltbühne selbstbewusst behauptet

Die heutige Zeit verlangt eine geopolitisch reife EU mit einer starken Stellung auf der Weltbühne. Dazu bedarf es zunächst eines kohärenteren Konzepts für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Zur Gewährleistung der Effektivität und Tatkraft der EU müssen im Rahmen der GASP die Möglichkeiten für qualifizierte Mehrheitsentscheidungen erweitert werden. Darüber hinaus muss die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) im Einklang mit den Zielen des Strategischen Kompasses verstärkt werden, etwa im Bereich

² Siehe auch den Bericht Nr. 106 des Niederländischen Wissenschaftsrats für Regierungspolitik (WRR): »Rechtvaardigheid in klimaatbeleid, over de verdeling van klimaatkosten« (Gerechtigkeit in der Klimapolitik, zur Verteilung der Klimakosten).

Krisenmanagement oder Weiterentwicklung der Verteidigungsindustrie komplementär zur EU-NATO-Kooperation.

Wir beobachten, dass unterschiedliche Sicherheitsbedrohungen immer mehr miteinander verzahnt sind, zum Beispiel wenn es um Wirtschaftssicherheit oder Cybersicherheit geht. In einem rauheren globalen Umfeld wird die EU ihr wirtschaftliches Gewicht – offensiv – taktisch einsetzen müssen, beispielsweise in Form von Sanktionen. Gleichzeitig muss sie – defensiv – unerwünschte Abhängigkeiten abbauen, etwa in den Bereichen Rohstoffe, Technologie und kritische Infrastruktur. Dazu bedarf es einer weitergehenden Integration von Aspekten der inneren und äußeren Sicherheit innerhalb der EU.

In einer Welt im Wandel wird die EU umfassend in die Stärkung der Beziehungen mit anderen Ländern und Regionen investieren müssen, zum Beispiel im Rahmen von Global Gateway, Handelsabkommen oder anderen Kooperationsformen. Und sie wird die Bande mit denjenigen Partnern intensivieren müssen, mit denen sie eine Weltordnung anstrebt, die auf Multilateralismus und den entsprechenden Normen und Werten beruht – als erstes mit den derzeitigen und mit möglichen neuen Beitrittskandidaten. Vor dem Hintergrund einer neuen geopolitischen Realität, insbesondere des Krieges gegen die Ukraine, hat die Frage einer künftigen Erweiterung der Union Dringlichkeit erhalten. Mehr denn je geht es um die Bedeutung von Sicherheit und Stabilität in der Region sowie um das Aufzeigen einer Perspektive auf Wohlstand, Frieden und Sicherheit für die Beitrittskandidaten. Die niederländische Regierung unterstützt die EU-Beitrittsperspektive für Länder des westlichen Balkans und die neuen (potentiellen) Beitrittskandidaten Ukraine, Moldau und Georgien.

Eine in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verankerte Union, verbunden durch gemeinsame Werte

Grundlegende Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte sind unlöslich mit der Identität der Union verknüpft. Eine Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf allen Gebieten ist nur dann möglich, wenn diese darauf vertrauen können, dass die in Artikel 2 EU-Vertrag verankerten Werte geachtet werden. Die niederländische Regierung unterstützt die Kommission in ihrem Bestreben, Verletzungen der Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats zu benennen und zu bekämpfen, wie es ihr als Hüterin der Verträge obliegt. Wir haben erlebt, dass der Einsatz des Finanzinstrumentariums tatsächliche Reformen bei der Rechtsstaatlichkeit bewirken kann. Es wird Aufgabe der Union sein, ihre Grundwerte und demokratische Governance in der kommenden Zeit, auch im Lichte einer eventuellen Erweiterung, zu schützen und zu festigen. Gewährleistung

der Stabilität, Unterstützung bei rechtsstaatlichen Reformen sowie Implementierung und Durchsetzung des EU-Besitzstands müssen Leitkriterien der Beitrittspolitik sein. Die Stärkung des EU-Rechtsstaatsinstrumentariums ist für eine langfristig erfolgreiche Zusammenarbeit in einer gegebenenfalls erweiterten Union von entscheidender Bedeutung.

Zum Schutz der gemeinsamen Werte wird sich die EU kontinuierlich für die Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus, Korruption, organisiertem Verbrechen und Kriminalität einsetzen müssen. Auch müssen wir wachsam bleiben, wenn es um hybride Bedrohungen durch fremde Staaten und verdeckte Einflussnahme durch externe Akteure geht, die die demokratische Governance innerhalb der EU unterminieren können. Nicht nur der Schutz, sondern auch die Stärkung der demokratischen Legitimität der EU bleibt wichtig. Good Governance ist dabei das Schlüsselwort. Die niederländische Regierung setzt sich seit langem für eine Modernisierung des EU-Beschlussfassungsverfahrens ein. Für das gute Funktionieren der Demokratie in den Mitgliedstaaten und in der EU als Ganzes sind freie und unabhängige Medien unverzichtbar. Die Regierung unterstützt kürzlich vorgelegte Vorschläge, die hierzu einen Beitrag leisten.

Beim Thema Migration muss die EU wirksame Vereinbarungen mit Herkunfts- und Transitländern schließen, um so den Zustrom und die Rückkehr besser steuern zu können. Gleichzeitig muss sie denjenigen weiterhin Schutz bieten, die darauf Anspruch haben. Die Mitgliedstaaten müssen sich dabei an den Besitzstand halten, darunter die Verpflichtung zur Achtung der Grundrechte beim Grenzmanagement und ein gut funktionierendes Dublin-System (bis zum Vorliegen der Ergebnisse der Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspakt).

Eine tatkräftige Union, die zu Transformationen fähig ist und Ergebnisse erzielt

Die Zukunft verlangt eine EU, die Tatkraft zeigt, indem sie effektive und legitime Entscheidungen trifft. Die Niederlande haben ein Interesse an einer Union mit gut funktionierenden Institutionen und starken Mitgliedstaaten, damit geopolitische Ziele erreicht und der ökologische und digitale Wandel erfolgreich vollzogen werden können. Dazu braucht es kluge Entscheidungen innerhalb des Haushalts- und Finanzrahmens der Union. Die Regierung tritt ein für eine umsichtige und moderne europäische Haushaltsplanung mit Schwerpunkten in für die Niederlande besonders wichtigen Politikfeldern, darunter Forschung und Innovation, Nachhaltigkeit, Sicherheit und Migration. Vorschläge zur Reform der EU-Haushaltsregeln (Stabilitäts- und Wachstumspakt) beurteilt die niederländische Regierung danach, inwieweit sie zu stabilen Staatsfinanzen,

wirtschaftlicher und sozialer Aufwärtskonvergenz und besserer Einhaltung und Durchsetzung der Regeln beitragen.

Darüber hinaus braucht es eine bessere Rechtsetzung. Innerhalb der Union gibt es große nationale, regionale und lokale Unterschiede, etwa bezüglich Demographie und Raumordnung. Die Auswirkung europäischer Rechtsvorschriften unterscheidet sich daher erheblich zwischen, aber auch innerhalb von Mitgliedstaaten. Deshalb ist es erforderlich, dass die Kommission bei der Erarbeitung neuer Rechtsvorschriften diese Unterschiede berücksichtigt, indem sie frühzeitig und konsequent Folgenabschätzungen vornimmt. Außerdem muss die Kommission aktiv die One-in-one-out-Regel anwenden, nach der alte Rechtsvorschriften durch neue ersetzt werden und unnötige Regulierung abgebaut werden kann. Wenn umsetzungstaugliche Rechtsvorschriften geschaffen werden, können die Mitgliedstaaten auch in den kommenden Jahren die Größenvorteile nutzen, die die Zusammenarbeit innerhalb der Union mit sich bringt.

Die Zukunft verlangt nicht zuletzt deshalb eine resiliente und tatkräftige EU, weil die Union vor großen Herausforderungen steht, für die sie sich wappnen und auf die sie reagieren muss. Die Mitgliedstaaten und die Unionsbürger werden diese Transformationen gemeinsam bewältigen müssen. Eine gute Informationsvermittlung und ein offener Dialog sind in diesem Zusammenhang wichtig. Die Einbindung beider Kammern des niederländischen Parlaments in die europäische Beschlussfassung ist unerlässlich, um die demokratische Legitimität und die Akzeptanz der EU weiter zu stärken. Es bleibt eine Kernaufgabe der niederländischen Regierung, die niederländischen Bürger über die EU zu informieren und sie einzubeziehen. Deshalb werden 2024 erneut in Kooperation mit den Gemeinden Bürgerdialoge organisiert. Die Regierung wird die Bevölkerung auch in den kommenden Jahren aktiv informieren und in Erfahrung bringen, was sie in Zukunft von der EU erwarten.